

VORWÄRTS HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

JUNI 2018

ZUKUNFT WIRD JETZT GEMACHT



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landes- und Fraktions-
vorsitzender

Der Landesparteitag mit der Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl am 28. Oktober ist absolviert. Das war ein selbstbewusster und packender Auftakt. Unser Regierungsprogramm für die Jahre von 2019 bis 2024 wurde einstimmig von den Delegierten verabschiedet.

Ich möchte mich für das Vertrauen der Delegierten und die 95,8 Prozent, mit der mich der Parteitag zum Spitzenkandidaten der hessischen Sozialdemokratie gewählt hat, sehr herzlich bedanken. Ich freue mich, dass ich mit so vielen engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern in den 55 Landtagswahlkreisen den Wahlkampf führen kann.

Dies ist nun der dritte Wahlkampf, bei dem ich als Spitzenkandidat der SPD in Hessen antrete, und ich fühle mich so gut vorbereitet wie noch nie. Wir alle haben ein Ziel vor Augen: Nach 19 Jahren ist es endlich an der Zeit, dass die CDU auf die Oppositionsbank im Hessischen Landtag geschickt wird. Es geht schlicht und ergreifend um die Frage, wer nach der Landtagswahl die neue Landesregierung anführt: Die SPD mit mir in der Staatskanzlei oder die CDU mit Volker Bouffier.

Ich bin davon überzeugt, dass wir die besseren Antworten auf die drängenden Probleme der Menschen haben, sei es bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, bei der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit in unserem Land und in Fragen der Mobilität. Dies hat der Parteitag wieder einmal eindrucksvoll gezeigt.

Umfrage für Umfrage bestätigt, dass die amtierende Landesregierung aus CDU und Grünen ohne Mehrheit im Land ist. In der jüngsten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen haben wir uns leicht verbessert. Die Richtung stimmt also. Die hessische Sozialdemokratie liegt deutlich über dem Bundestrend, und die CDU ist in Reichweite. Wir haben bis zum 28. Oktober noch einen langen und anstrengenden Weg vor uns. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass wir es schaffen können! Die Zukunft wird jetzt gemacht.

Th. Schäfer-Gümbel

ORTSVEREINS- UND FRAKTIONS- VORSITZENDEN- KONFERENZ

11. AUGUST 2018

10.00 – 16.00 UHR

BÜRGERHAUS

BUTZBACH,

GUTENBERGSTR. 16,

35510 BUTZBACH

KONSEQUENTE LÖSUNGEN STATT HALBE SACHEN

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG MIT VERTRETERVERSAMMLUNG

Zwei Jahrzehnte wurde in diesem Land nicht mehr investiert – nicht in Wohnraum, Bildung oder Mobilität. Warum sollte sich das in den nächsten Jahren ändern“, eröffnete die Generalsekretärin Nancy Faeser den außerordentlichen Landesparteitag am 9. Juni im neuen RheinMain Congress Center in Wiesbaden. Jeweils 350 Delegierte des Landesparteitages und der Landesvertreterversammlung entschieden an diesem Samstag über die Aufstellung der Landesliste zur Landtags-

wahl am 28. Oktober und das Regierungsprogramm.

„Einer wird uns dabei fehlen: Manfred Schaub war Unterstützung und Beratung, er war ein Freund“, erinnerte Thorsten Schäfer-Gümbel zu Beginn seiner Rede an den kürzlich verstorbenen stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bürgermeister von Baunatal. Er habe für eine ehrliche Politik gestanden, dafür, dass das Wort, das man gibt, auch gehalten wird.

Fortsetzung auf Seite 2



FOTO: PETER JÜLICH

19 Jahre CDU-Regierung sind genug: Am 28. Oktober will die SPD Hessen Schwarz-Grün ablösen.

Landesliste der SPD Hessen
zur Landtagswahl am 28.10.2018

Verabschiedet von der Landesvertreter/-innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl, 09.06.2018, Wiesbaden

- 1 Thorsten Schäfer-Gümbel (WK 19)
- 2 Nancy Faeser (WK 32)
- 3 Günter Rudolph (WK 7)
- 4 Heike Hofmann (WK 51)
- 5 Gernot Grumbach (WK 35)
- 6 Sabine Waschke (WK 15)
- 7 Christoph Degen (WK 40)
- 8 Lisa Gnadt (WK 26)
- 9 Torsten Warnecke (WK 11)
- 10 Karin Hartmann (WK 55)
- 11 Marius Weiß (WK 29)
- 12 Dr. Daniela Sommer (WK 6)
- 13 Heinz Lotz (WK 42)
- 14 Elke Barth (WK 23)
- 15 Tobias Eckert (WK 22)
- 16 Ulrike Alex (WK 45)
- 17 Wolfgang Decker (WK 4)
- 18 Kerstin Geis (WK 47)
- 19 Turgut Yüksel (WK 36)
- 20 Angelika Löber (WK 12)
- 21 Stephan Grüger (WK 16)
- 22 Karina Fissmann (WK 10)
- 23 Gerald Kummer (WK 48)
- 24 Nadine Gersberg (WK 43)
- 25 Rüdiger Holschuh (WK 53)
- 26 Gisela Stang (WK 33)
- 27 Swen Bastian (WK 20)
- 28 Dr. Arijana Neumann (WK 38)
- 29 Dennis Volk-Borowski (WK 30)
- 30 Manuela Strube (WK 2)
- 31 Tim Huß (WK 49)
- 32 Regine Müller (WK 8)
- 33 Frank-Tilo Becher (WK 18)
- 34 Handan Özgüven (WK 13)
- 35 Karl-Otto Waas (WK 27)
- 36 Catrin Geier (WK 52)
- 37 Oliver Ulloth (WK 1)
- 38 Cirsten Kunz (WK 17)
- 39 Ralf Kunert (WK 46)
- 40 Dr. Patricia Eck (WK 31)
- 41 Knut John (WK 9)
- 42 Petra Scharf (WK 34)
- 43 Marius Schmidt (WK 54)
- 44 Viktoria Spiegelberg-Kamens (WK 21)
- 45 Bijan Kaffenberger (WK 50)
- 46 Jutta Kahler (WK 5)
- 47 Henning Groskreutz (WK 24)
- 48 Andrea Gerlach (WK 44)
- 49 Patrick Hartmann (WK 3)
- 50 Susanne Kassold (WK 39)
- 51 Sebastian Busch (WK 28)
- 52 Mirjam Fuhrmann (WK 25)
- 53 Philipp Ebert (WK 14)
- 54 Jutta Straub (WK 41)
- 55 Florian Schneider
- 56 Stephanie Then (WK 37)
- 57 Vinzenz Bailey
- 58 Sarah Humburg
- 59 Andreas Dörsam
- 60 Sarah Felke
- 61 Andreas Hahn
- 62 Isil Yönter
- 63 Kaweh Mansoori
- 64 Stella Stilgenbauer
- 65 Thomas Pfeiffer
- 66 Anne Marquardt
- 67 Heinz Lemler
- 68 Tanja Hartdegen
- 69 Manfred Scheid-Varisco
- 70 Susanne Hoffmann-Fessner
- 71 Nils Christian Hartmann
- 72 Daniela Beck
- 73 Marco Abbé
- 74 Tanja Pfenning
- 75 Bernd Klippel
- 76 Esther Kalveram

KONSEQUENTE LÖSUNGEN STATT HALBE SACHEN

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG MIT VERTRETERVERSAMMLUNG

Fortsetzung von Seite 1

Sozialdemokratische Politik solle für die vielen und nicht die wenigen gemacht werden. „Für die Belegschaft und nicht die Konzerne. Dafür und darüber streiten wir – im Gegensatz zu anderen“, betonte Schäfer-Gümbel. „Dort, wo der Bus nur einmal am Tag fährt, dort, wo es keinen Arzt mehr im Ort gibt, dort fühlen sich immer mehr Menschen allein gelassen. Deshalb müssen uns hohe Mieten wütend machen, deshalb müssen wir uns darum kümmern, Stadt und Land besser zu verbinden, und deshalb müssen wir Hessens Schulen modernisieren.“ Sein vorrangiges Ziel dabei: keine halben Sa-

chen, keine Verrenkungen, sondern konsequente Lösungen für die Probleme der Menschen. Dafür stehe die hessische SPD. „Ich möchte, dass wir anders bauen für die Menschen, die wenig Geld haben und die immer noch ein Recht darauf haben, in den Innenstädten zu leben“, erklärte Schäfer-Gümbel. Lösungen für bezahlbares und barrierefreies Bauen werde es nur mit der SPD geben. Das Ziel für die ersten 100 Tage SPD-Regierung sei es, 100.000 Quadratmeter Bauland für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die SPD in Hessen wolle gutes Leben für möglichst viele sichern. Dazu gehöre es



FOTO: PETER JÜLICH

auch, Mut zu beweisen und über Altbekanntes hinaus zu denken. „Wir werden uns in den ersten 100 Tagen auch der Lehrerausbildung annehmen. Wir wollen das Tempo beim Ganztagschulbau drastisch erhöhen. Kinder ärmerer Eltern dürfen nicht schlechtere Chancen haben“, betonte Schäfer-Gümbel und erklärte gleichzeitig: „Niemand ist mehr wert, weil er einen anderen Abschluss gemacht hat.“ Fest steht: 19 Jahre CDU-Regierung sind genug. Wichtige Investitionen wurden jahrzehntelang versäumt – ob im Bereich von Bildung, Wohnen oder Mobilität. Hessen sollte nicht weiterhin Zeit verlieren. Thorsten Schäfer-Gümbel, der zum dritten Mal als Spitzenkandidat zur Landtagswahl antritt, ist besser vorbereitet als je zuvor. Er will das Hessen von morgen gestalten, hinter ihm 151 Kandidatinnen und Kandidaten der hessischen Landesliste. Schäfer-Gümbels Wahlergebnis von 95,8 Prozent bestätigt, dass die 350 Delegierten der Landesvertreterversammlung hinter ihrem Landeschef stehen. „Lasst uns Zukunft jetzt machen, ich bin bereit“, bedankte dieser sich für die breite Unterstützung seiner Partei und betonte: „Wir spielen nicht auf Platz, sondern auf Sieg.“ ■



FOTO: PETER JÜLICH

Mit einer bunten und vielfältigen Liste zieht die hessische SPD in den Wahlkampf.

WOHNRAUM IST DASEINSVORSORGE

SPD PLANT MINISTERIUM FÜR BAUEN UND WOHNEN

Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein eigenständiges Ministerium für Bauen und Wohnen im Land einführen. „Die Frage, wie wir bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in Hessen schaffen, ist die entscheidende soziale Frage des nächsten Jahrzehnts. Deshalb müssen wir die Zuständigkeiten für das Bauen und Wohnen in einem entsprechenden Ministerium bündeln“, begründet Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel das Vorhaben. Derzeit seien die Zuständigkeiten auf drei Ministerien und die Regierungspräsidien verteilt: „Das Wirtschaftsministerium macht die Baugesetze und die Landesplanung, das Umweltministerium ist für den Wohnungsbau zuständig und der Landesbetrieb Bau und Immobilien ist dem Finanzministerium zugeordnet. Dazu kommen dann noch die Stellen, die sich bei den Regierungspräsidien mit der

Raumordnung befassen. Das kann so nicht bleiben, wenn wir zügig etwas für die Menschen bewegen wollen, die sich das Wohnen schon heute kaum noch leisten können“, erklärt Schäfer-Gümbel. Schwarz-Grün näherte sich dem Thema seit Jahren

nur mit mäßigem Interesse. „Nach fast 20 Jahren CDU-Regierung sind von mehr als 180.000 öffentlich geförderten und deswegen günstigeren Mietwohnungen in Hessen nur noch 80.000 übrig. Und wenn es nach der Landesregierung geht, wird die Zahl dieser vergünstigten Wohnungen weiter sinken“, betont der Landesvorsitzende. Die SPD Hessen setze sich deshalb für anständige Wohnungen zu einem bezahlbaren Preis ein. Das Ziel der SPD sei es, jährlich mindestens 6.000 öffentlich geförderte Wohnungen zusätzlich zu schaffen, sagte Schäfer-Gümbel. Zugleich werde eine von ihm geführte Landesregierung auch einen wirksamen Mietpreisstopp bei den Wohnungen der Nassauischen Heimstätte (NH) durchsetzen. „Bildung – Mobilität – Wohnen. Das sind die Bereiche, die für die hessische SPD im Mittelpunkt stehen“, unterstreicht Thorsten Schäfer-Gümbel. ■



GRAFIK: SPD-LANDESVERBAND

FÜR GEBÜHRENFREIE BILDUNG

KITA- UND SCHULSTARTAKTIONEN IN HESSEN

Kinder ärmerer Eltern dürfen keine schlechteren Chancen haben, und Gebührenfreiheit darf nicht nur draufstehen, sondern muss auch drin sein. Deshalb steht die hessische SPD für ein Recht auf gute Bildung. „Wir werden uns in den ersten 100 Tagen einer SPD-geführten Regierung der Lehrerbildung annehmen. Wir wollen das Tempo beim Ganztagsausbau drastisch erhöhen“, betonte Thorsten Schäfer-Gümbel zuletzt auf dem Landesparteitag am 9. Juni in Wiesbaden und erklärte gleichzeitig: „Niemand ist mehr wert, weil er einen anderen Abschluss gemacht hat.“ Fest steht: 19 Jahre CDU-Regierung sind auch und vor allem im Bildungsbereich genug.

Deshalb wird die hessische SPD auch nach diesen Sommerferien die Kita-Kinder und Schülerinnen und Schüler ganz besonders begrüßen. Seit Jahren werben SPD-Ortsvereine und Abgeordnete bei Veranstaltungen in ihren Städten und Gemeinden für die bildungspolitischen Kernziele der SPD. Bildung ist eines der zentralen Themen in der politischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Landesregierung, die am 28. Oktober abgelöst

werden soll. Die Kita- und Schulstartaktion bietet deshalb die perfekte Gelegenheit, die Bildungspolitik in Hessen auf der lokalen Ebene in den Mittelpunkt zu rü-

cken. Der Landesverband unterstützt mit Tipps, Vorschlägen und Bestellmaterialien Aktionen in der ersten Schulstartwoche vom 4.-12. August. ■



QUELLE: JULIA BETTENDORF

Bildung ist eines der drei großen Wahlkampfthemen der hessischen SPD.

KAMPAGNE LÄUFT AN WAHLKAMPF AKTUELL

Ein Wahlkampf wird nicht in der Parteizentrale, sondern auf der Straße gewonnen. Wenn im Vorfeld des 28. Oktobers Genossinnen und Genossen die hessischen Bürgerinnen und Bürger von den Ideen der SPD überzeugen, dann sind sie das Sprachrohr der Kampagne. Damit bewältigen unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer eine Mammutaufgabe: Im Idealfall kennen sie den Wahlkreis in- und auswendig, tragen das Programm

im Schlaf vor, antworten schlagfertig auf kritische Fragen und kennen jede Telefonnummer und alle Ansprechpartner/-innen der Kampa-Zentrale. Dabei sind sie noch motiviert, fröhlich und sympathisch und brennen für die Ziele der Sozialdemokratie im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern. Die Erwartungen sind gewaltig. Das Ziel des Landesverbands ist es deshalb, sie bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu unterstützen. Gemeinsam mit der Akademie

für Kommunalpolitik (AfK) wurden deshalb sogenannte Wahlkampfworkshops in allen hessischen Unterbezirken angeboten. Vorgestellt wurden dabei die zentralen Werkzeuge für den landesweiten Wahlkampf und natürlich die Kampagne selbst. Alle Teilnehmenden wurden in einem zweiten Teil von erfahrenen Trainerinnen und Trainern gecoacht, um argumentativ die Kernthemen der SPD Hessen – Bildung, Mobilität, Wohnen – auf den eigenen Wahlkreis anzuwenden.

Mit den Wahlkampfworkshops nimmt der Wahlkampf vor Ort auch Fahrt auf. Die Weichen sind gestellt, damit die Kandidatinnen und Kandidaten ihren Fahrplan finalisieren können. Die ersten Materialien werden erstellt, und es erreichen den Landesverband nun täglich Bestellungen von Flyern, Plakaten oder anderen Materialien für den Wahlkampf. Mit Programm, Landesliste und Schulungen steht die Infrastruktur für einen erfolgreichen Wahlkampf. Die nächsten Meilensteine sind der Kita- und Schulstart in Hessen, die Sommertour von Thorsten Schäfer-Gümbel und die Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz (11. August). ■



FOTO: PETER JÜLICH

55 Kandidatinnen und Kandidaten, 55 Wahlkreise, ein gemeinsames Ziel.

Landesliste der SPD Hessen zur Landtagswahl am 28.10.2018

Verabschiedet von der Landesvertreter/-innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl, 09.06.2018, Wiesbaden (Fortsetzung)

- 77 Tobias Gniza
- 78 Patricia Thoma
- 79 Andreas Schaake
- 80 Michaela Hennes
- 81 Ingo Kusch
- 82 Christiane Lux
- 83 Tim Schmöker
- 84 Silvia-Janine Oudhoff
- 85 Joachim Tobschall
- 86 Nina Heidt-Sommer
- 87 Martin Herbold
- 88 Michelle Reiss
- 89 Peter Schöbel
- 90 Stephanie Kötschau
- 91 Marc Einloft
- 92 Dilek Kanko
- 93 Felix Burghardt
- 94 Christina Kindler
- 95 Matthias Bergschwinger
- 96 Karin Linhart
- 97 Michael Uhl
- 98 Teslihan Ayalp
- 99 Manuel Friedrich
- 100 Sabrina Klingenberg
- 101 Rainer Paulus
- 102 Julia Ostrowicki
- 103 Oliver Grobeis
- 104 Sylvia Kunze
- 105 Tolga Kablay
- 106 Tanja Herrmann
- 107 Dirk Schröder
- 108 Deniz Sahin
- 109 Stefan Scholl
- 110 Sonja Hahn
- 111 Jan Rauschenberg
- 112 Katharina Fladung
- 113 Uwe Habermehl
- 114 Sina Best
- 115 Florian Hoinkis
- 116 Sema Keleta
- 117 Moritz Johannes Löw
- 118 Cornelia Bethke
- 119 Lino Leudesdorff
- 120 Petra Scholl
- 121 Sascha Rzazcek
- 122 Alicia Hanf
- 123 Maximilian Bieri
- 124 Louisa Süß
- 125 Marcus Munari
- 126 Petra Göbel
- 127 Oliver Schröbel
- 128 Alicia Bokler
- 129 Andreas Mander
- 130 Carolin Leist
- 131 Raoul Giebenhain
- 132 Daniela Schnitzer
- 133 Olaf Schüßler
- 134 Eva Heldmann
- 135 Christopher Ostrowski
- 136 Jutta Emig
- 137 Björn Eichenauer
- 138 Lisa Rekha Krings
- 139 Frank Nikutta
- 140 Jan Herfort
- 141 Jan Pasternack
- 142 Stefan Ziegler
- 143 Jens Nöll
- 144 Nikolai Karheiding
- 145 Sebastian Cramer
- 146 Dirk Daniel Zucht
- 147 Udo Werbeck
- 148 Erhard Schemel
- 149 Jürgen Storzjohann
- 150 Matthias Thurn
- 151 Stefan Paul
- 152 Julius Emmel

WIR GRATULIEREN

Andreas Hofmann,
Bürgermeister von
Ronneburg

Wolfgang Schuster,
Landrat Lahn-Dill Kreis

Marcel Brückmann,
Bürgermeister von
Niestetal

Direktwahlen am
08. 07. 2018:
Ralf Hilmes möchte
Bürgermeister in
Nentershausen bleiben

ORTSVEREINS- UND FRAKTIONSVERSIT- ZENDENKONFERENZ

Der Landesverband der SPD Hessen lädt auch in diesem Jahr zu einer Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz am Samstag, den 11. August 2018, von 10 bis 16 Uhr in das Bürgerhaus Butzbach ein. Als zentrale Veranstaltung nach den hessischen Sommerferien und zu Beginn der heißen Wahlkampfphase kommt der Konferenz damit eine besondere Bedeutung zu. Im Mittelpunkt stehen der Austausch über den anlaufenden Wahlkampf, Argumentations- und Kampagnenhilfen und die Zustimmung auf die heiße Wahlkampfphase. Eingeladen sind alle hessischen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden. ■

VERLEIHUNG DER HOLGER-BÖRNER-MEDAILLE

Am 23. Mai 2018 folgten rund 100 eingeladene Gäste der Verleihung der Holger-Börner-Medaille im Hessischen Landtag in Wiesbaden. In diesem Jahr wurden vier Genossinnen und

Genossen geehrt, die sich besonders durch ihren Einsatz und ihr zivilgesellschaftliches Engagement für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen: Hilde Rektorschek wurde für die Einführung

der sogenannten Marburger Kulturloge geehrt. „Dadurch haben alle Menschen die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem Geldbeutel“, würdigte Generalsekretärin Nancy Faeser. Weiterhin wurde Willi Görlach für seinen unermüdlichen Einsatz in der hessischen Sozialdemokratie ausgezeichnet. „Die Sozialdemokraten profitieren auch heute noch von der Idee der von sozialer Gerechtigkeit geleiteten, außerordentlichen politischen Analysefähigkeit von Willi Görlach“, so Faeser. Darüber hinaus wurde Joachim Albrecht für seine hohe Fachkompetenz und seinen kritischen Blick im Bereich der Bildungspolitik gewürdigt. Zu guter Letzt galt die Anerkennung Dr. Udo Schlitzberger, der im Laufe seines Lebens sowohl herausragende gesellschaftspolitische Entwicklungen für den Landkreis Kassel und die gesamte Region Nordhessen erreichte als auch stetiges Engagement außerhalb der Partei aufzeigt. ■



Die Holger-Börner-Medaille ist die höchste Auszeichnung der hessischen Sozialdemokratie.

TRAUER UM MANFRED SCHAUB



Wir trauern um unseren stellvertretenden Landesvorsitzenden und Genossen Manfred Schaub, der am Pfingstweekenende völlig unerwartet im Alter von 60 Jahren einem Herzinfarkt erlag. Manfred Schaub war bis zu seinem Tod langjähriger Vorsitzender des Bezirks Hessen-Nord und erst kürzlich mit überwältigender Mehrheit wiedergewählter Bürgermeister von Baunatal. Schaub war von 1995 bis

2005 Abgeordneter des Hessischen Landtags und von 1999 bis 2003 Parlamentarischer Geschäftsführer. Seine Devise war es, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Er packte selbst mit an und kümmerte sich um Probleme, bis diese gelöst waren – immer auf Basis von Fairness und ehrlichem Umgang miteinander. „Wir verlieren einen guten Freund. Wir verneigen uns in tiefer Trauer vor einem Menschen, der sich in vielfälti-

ger Weise für das Gemeinwesen eingesetzt hat und immer im Blick hatte, seine Stadt und das Land zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Er wird fehlen“, so Thorsten Schäfer-Gümbel. In seiner Freizeit widmete sich Manfred Schaub leidenschaftlich dem Fußball und war als sportpolitischer Sprecher des SPD-Bundesvorstands engagiert. Unsere Trauer gilt besonders seiner Ehefrau Ute Wiesner.

Im Namen der Landtagsfraktion und des Landesverbands der hessischen SPD

Thorsten Schäfer-Gümbel Nancy Faeser

MIETPREISSTOPP GEFORDERT

Hohe Mieten sind für viele Menschen, insbesondere im Ballungsraum, eine große Belastung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel begrüßte, dass die schwarz-grüne Landesregierung angesichts des massiven öffentlichen Drucks eingelenkt und ihren Widerstand gegen einen Mietpreisstopp für die Wohnungen der Nassauischen Heimstätte (NH) aufgegeben hat. „Die Mieterinnen und Mieter der NH haben für ihr Anliegen, die Mietpreise zu deckeln, viele Unterschriften gesammelt. Den Mietpreisstopp haben wir von Anfang an unterstützt, weil sich öffentliche Wohnungsgesellschaften anders verhalten müssen als Privatinvestoren. Beispielgebend war hier die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG in Frankfurt, die faktisch auf Mietpreisanhebungen verzichtet. Es war gut und richtig von Oberbürgermeister Peter Feldmann, dass er die Initiative für den Mietpreisstopp bei der ABG ergriffen hat“, sagte Schäfer-Gümbel. Den Mietpreisstopp bei der Nassauischen Heimstätte, vonseiten der Landesregierung, sei lediglich „eine halbe Sache“, weil er nicht allen Mieterinnen und Mietern zugutekomme. „Außerdem ignoriert die Landesregierung immer noch, dass sie natürlich auch für die Mieterinnen und Mie-



FOTO: ELVEDIN GOLICIA

Bauen, bauen, bauen ist die Hauptforderung von Thorsten Schäfer-Gümbel – hier im Gespräch mit Polier Stefan Fleck. Um den Anstieg der Mieten zu stoppen, fordert die SPD-Fraktion einen Mietpreisstopp.

ter Verantwortung trägt, deren Zuhause sie durch die Privatisierung von ehemals landeseigenen Wohnungsgesellschaften dem freien Markt überlassen hat. Die Abgeordneten der SPD werden deswegen in den kommenden Wochen und Monaten Unterschriften sammeln, um bei ehemaligen Landesgesellschaften einen Mietpreisstopp nach Frankfurter Vorbild durchzusetzen. Die SPD steht da ganz entschieden an der Seite der Mieter“, sagte Thorsten Schäfer-Gümbel. ■



NIEDERLAGE FÜR SCHWARZ-GRÜN

Eine von der SPD-Landtagsfraktion auf den Weg gebrachte Klage gegen das Landtagswahlgesetz hat dazu geführt, dass der Hessische Staatsgerichtshof das Landtagswahlgesetz in Teilen für unwirksam erklärte. Diese Entscheidung traf der Staatsgerichtshof aufgrund einer erheblichen Abweichung von der durchschnittlichen Zahl der Wahlberechtigten im Wahlkreis 34 (Frankfurt am Main I), der neu zugeschnitten werden musste. „Das oberste hessische Gericht hat geurteilt, dass das verabschiedete Ge-

setz von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Landtagswahlgesetzes verfassungswidrig war. Trotz aller Hinweise und vorgetragenen Argumente in den drei vorherigen Lesungen des Gesetzentwurfes im Hessischen Landtag haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen diese Hinweise ignoriert. Dies frei nach dem Motto „Mehrheit ist Wahrheit“, kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. Diesem Rechtsverstoß habe der Hessische Staatsgerichtshof ein Ende bereitet. Deswegen sei eine erneute

Änderung des Landtagswahlgesetzes notwendig. Nunmehr liege ein entsprechender neuer Gesetzentwurf vor. „Die SPD fordert eine mündliche und schriftliche Anhörung. Insbesondere wollen wir die Gründe nachvollziehen, wie es zur Einteilung und Veränderung von Wahlkreisen in Frankfurt gekommen ist. Dann kann in der zweiten und gegebenenfalls auch in der dritten Lesung im Juni dieses Jahres das geänderte Landtagswahlgesetz, welches auch verfassungskonform ist, verabschiedet werden“, so Günter Rudolph. ■

BAUEN BLEIBT KOMPLIZIERT

Bauen in Hessen bleibt weiterhin kompliziert, langsam und teuer. Die von Schwarz-Grün beschlossene Novelle der Hessischen Bauordnung (HBO) bleibt für die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag eine Enttäuschung. Die zuständige Landtagsabgeordnete Elke Barth kritisierte, dass von dem Versprechen, das Bauen in Hessen einfacher, schneller und günstiger zu machen, wenig übrig bleibe. In Anbetracht des hohen Bedarfs an neuen Wohnungen wäre es dringend notwendig gewesen, die Novelle der Bauordnung dafür als Schlüsselinstrument zu nutzen. Dieses Ziel habe die Koalition klar verfehlt und leichtfertig verspielt. So erleichtere die Novelle nicht das serielle Bauen, das gerade den Wohnungsbau im unteren und mittleren Preissegment deutlich beschleunigen könne. ■



FOTO: STAATSGERICHTSHOF

Das Hessische Landesverfassungsgericht, der Staatsgerichtshof



Elke Barth, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION



Norbert Schmitt, MdL

EXPLODIERENDE KOSTEN

Die SPD-Fraktion fordert von der Landesregierung Aufklärung über die Kosten für die Sanierung des alten Sozialministeriums in Wiesbaden. Angeblich muss das Land die Immobilie für mindestens 19 Millionen Euro sanieren – obwohl das Gebäude einem privaten Investor gehört, der für die mittlerweile leer stehende Liegenschaft rund 1,6 Millionen Euro Jahresmiete vom Land kassiert. Das Sozialministerium ist kürzlich in ein neues Gebäude umgezogen, das für 2,7 Millionen Euro im Jahr angemietet wird. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD im Hessischen Landtag, Norbert Schmitt, zeigte sich „fassungslos über die explodierenden Sanierungskosten“. Die SPD habe 2005 die CDU-Alleinregierung davor gewarnt, insgesamt 54 Immobilien zu verkaufen und anschließend für bis zu 30 Jahre wieder zu mieten. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

ALARM AN HESSISCHEN SCHULEN

Mit Sorge betrachtet die SPD die Überlastung von Lehrkräften an hessischen Schulen. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, forderte die schwarz-grüne Landesregierung angesichts der steigenden Anzahl von Überlastungsanzeigen auf, die Beschwerden der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer endlich ernst zu nehmen. „Eine Überlastungsanzeige unterschreibt niemand, weil er mal einen schlechten Tag hatte. Dass auf solche Hilferufe nicht einmal eine Eingangsbestätigung aus dem Hessischen Kultusministerium erfolgt, ist Ausdruck der Arroganz und der Respektlosigkeit der amtierenden Landesregierung gegenüber unseren Lehrerinnen und Lehrern. Das Land muss endlich wieder zu einem wertschätzenden und vertrauensvollen Umgang mit seinen 60.000 Lehrkräften zurückfinden. Das Ministerium sagt ständig, es bemühe sich – aber diese angeblichen Bemühungen zeigen bis heute keine Ergebnisse. Die Schulen in Hessen brauchen aber praktische Verbesserungen, nicht nur warme Worte“, sagte Christoph Degen. CDU und Grüne seien offenbar fest entschlossen, weiter so zu tun, als gebe es keine Überlastung von Lehrkräften, als sei die Welt an den Schulen in Ordnung, so der SPD-Bildungsexperte. Niemand erwarte,

dass der Lehrermangel und die daraus resultierende Überlastung der Lehrkräfte mit einem Federstrich beendet werden könnten. „Aber man muss doch mit Betroffenen reden, man muss gemeinsam nach Lösungen suchen und Perspektiven aufzeigen. Stattdessen verfährt die Landesregierung nach dem Prinzip der drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, weil die Wirklichkeit in Hessen

dem schönen Schein der schwarz-grünen Schulwelt widerspricht.“ Degen forderte die Landesregierung auf, endlich eine Arbeitszeitstudie für Hessen und einen Gesundheitsbericht über die staatlichen Bediensteten im Schuldienst auf den Weg zu bringen. Echte Vertretungsreserven müssten aufgebaut und die Schulen auf der Basis ihrer tatsächlichen Bedarfe ausgestattet werden. ■



FOTO: ELVEDIN GOLJICA

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert bessere Arbeitsbedingungen an den hessischen Schulen. Christine Dietz von der GEW (links) erläuterte Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL (rechts), und Christoph Degen, MdL, die Position der Gewerkschaft.

OHNE RÜCKSICHT AUF VERLUSTE

Angesichts der Vorlage eines 57-seitigen Änderungsantrags zu den Hessischen Sicherheitsgesetzen, den Schwarz-Grün den Oppositionsfraktionen einen Tag vor der Sitzung des Innenausschusses des Landtags vorgelegt hat, kritisierte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nancy Faeser, dieses Vorgehen: „CDU und Grüne wollen ein Gesetz verabschieden, das den Kern der Privatsphäre unserer Bürgerinnen und Bürger berührt. Deswegen muss man darüber sprechen – und zwar in der gebotenen Gründlichkeit. Doch was passiert stattdessen? Schwarz-Grün zieht das Ding mit der Brechstange durch. Ich



Nancy Faeser, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

glaube nicht, dass man mit einem derart unseriösen Gesetzgebungsverfahren dem sensiblen Thema ‚Innere Sicherheit‘ auch nur ansatzweise gerecht werden kann.“ Die Regierungsfaktionen hatten sich nach monatelangen Verhandlungen darauf geeinigt, in dem umstrittenen neuen Verfassungsschutzgesetz auf die Onlinedurchsuchung zu verzichten. Durch eine Änderung des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HSOG) soll nun stattdessen die Polizei befugt werden, diese vorzunehmen. „Es ist ja schön, dass Schwarz-Grün am Ende doch noch verstanden hat, was die SPD und alle Rechtsexperten in der Anhörung zu dem Gesetz gesagt haben: nämlich, dass diese Regelung für den Verfassungsschutz verfassungswidrig wäre. Ins Bild passt auch, dass die Regierungsparteien nach wie vor keinerlei Anstalten machten, die parlamentarische Kontrolle des hessischen Verfassungsschutzes zu verbessern. ■

TRAUER UM CHRISTEL HOFFMANN

Die SPD-Fraktion trauert um ihr ehemaliges Mitglied Christel Hoffmann aus dem Rheingau, die im Alter von 69 Jahren kürzlich verstarb. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel würdigte Christel Hoffmann als Politikerin, die sich „mit Leib und Seele für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt der Landwirtschaft, die Zukunft des Weinbaus und der Kulturlandschaft“ eingesetzt habe. „Wir danken Christel Hoffmann für ihren langjährigen Einsatz und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Unser ganzes Mitgefühl gilt ihrer Familie“, sagte Schäfer-Gümbel. ■



Christel Hoffmann

FOTO: SPD OESTRICH-WINKEL

STRASSENBAUbeiträge ENDGÜLTIG ABSCHAFFEN

Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt, der von Schwarz-Grün in Bausch und Bogen abgelehnt worden ist. Bislang sind die hessischen Städte und Gemeinden verpflichtet, die Anlieger an den Kosten für die Sanierung von Straßen zu beteiligen. In immer mehr Kommunen entstehen Belastungen für die Grundstückseigentümer, die sich auf mehrere Zehntausend Euro belaufen können. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, sagte dazu: „Der Sanierungstau an kommunalen Straßen wird für viele Bürgerinnen und Bürger zu einem großen Problem. Deshalb besteht entsprechender Handlungsbedarf. Mit unserem Gesetzentwurf stellen wir eine Alternative zum Vorschlag von CDU, Grünen und FDP dar. Diese Fraktionen wollen die Bürger mit keinem Euro entlasten.“ Die SPD-Fraktion wolle die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährleisten. „Die für die Sanierung der Straßen notwendigen Finanzmittel sollen den Kommunen vom Land über eine Investitionspauschale zur Verfügung gestellt werden“, so Rudolph. Im Hessi-

schen Landtag hat die schwarz-grüne Regierungskoalition zudem ihre Stimmenmehrheit dazu genutzt, um die Beratung des Gesetzentwurfs der SPD im Innenausschuss zu verweigern. Stattdessen führten CDU und Grüne bei Enthaltung der FDP eine sofortige Abstimmung des Plenums über den Entwurf herbei. Üblicherweise werden Gesetzentwürfe nach der Ersten Lesung immer zur weiteren Erörterung in den zuständigen Ausschuss

überwiesen. Rudolph bezeichnete die Verweigerung der Ausschussberatung als „Tiefpunkt des Parlamentarismus in Hessen“. Schamlos hätten CDU und Grüne ihre Mehrheit ausgenutzt, um die weitere Diskussion im Landtag über die Straßenausbaubeiträge zu unterbinden. „Zum Ende der Legislaturperiode kennt die Arroganz der Macht keine Grenzen mehr“, kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer. ■



AUSSCHUSS ZU FRAGWÜRDIGEN VERGABEN

SPD und FDP wollen die Vergabe von millionenschweren Aufträgen des Innenministeriums von einem Untersuchungsausschuss überprüfen lassen. Es geht dabei um die Anschaffung der Schnüffelsoftware „Gotham“ der umstrittenen US-Firma Palantir und um Abschleppaufträge der Polizei in den Jahren 2014 bis 2017. Bei einer ersten Akteneinsicht, so Nancy Faeser, seien deutliche Hinweise aufgetaucht, dass bei der Beschaffung der polizeilichen Analyse-Software „Gotham“ das Vergabeverfahren mit Macht in die gewünschte Richtung gesteuert wurde, weil der Auftragnehmer offenbar von Anfang an festgestanden habe. Und das, obwohl das beauftragte Unternehmen wegen des Verdachts mangelhafter Datensicherheit und intensiver Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten schon länger in der Kritik stand. Ein anderer Fall sind die Abschleppaufträge von der Polizei – die wurden massenweise „freihändig“ vergeben, ohne Rahmenvertrag, ohne Preisvergleiche. ■

REGIERUNGSBILANZ

Eine schwarz-geführte Landesregierung mit grünen Tüpfeln bleibe im Kern eine schwarze Landesregierung, die unfähig sei, die drängenden Zukunftsfragen zu lösen. So ambitionslos und uninspiriert, wie diese Regierung gestartet sei, so sei auch ihr Ende. Mit diesen Worten kommentierte der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel die Bilanz der Landesregierung. „Der Preis für oberflächliches Harmoniegetue waren fünf Jahre Stillstand. Die Luft bei Schwarz-Grün ist schon lange raus. Wenn man das tonnenschwere Eigenlob der Regierung beiseiteräumt, bleibt von dieser Bilanz nichts übrig. Diese Landesregierung hat die Entwicklung in zentralen Politikfeldern, wie der Wohnungspolitik, der Bildungspolitik und der Ver-

kehrspolitik, verschlafen. Jetzt flüchtet sie sich in Überschriften und Ankündigungen – aber das gleicht das langjährige Versagen nicht aus. Die letzten Monate dieser Regierung stehen unter dem ungeschriebenen Motto, abends werden die Faulen fleißig. Aber dabei geht es nur noch darum, den Anschein von Aktivität zu entwickeln. In der Sache ändert sich nichts“, sagte Thorsten Schäfer-Gümbel. ■



Das will die SPD:

- Vollständige Abschaffung der kommunalen Ausbaubeiträge – ohne „Hintertür“!
- Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überlastung.
- Einen finanziellen Ausgleich für die Kommunen durch das Land.

Das will Schwarz-Grün:

- Kommunen sollen selbst über die Erhebung der Beiträge entscheiden.
- Reiche Kommunen können darauf verzichten, ärmere müssen sie weiter erheben.
- Die Bürgerinnen und Bürger müssen im Zweifelsfall weiter viele Tausend Euro zahlen.

Die schwarz-grüne Bilanz:

- Rückgang der Sozialwohnungen um 50 Prozent.
- Eklatanter Wohnungsmangel in Ballungsräumen.
- Explodierende Mieten.
- Scheitern des Bildungsgipfels.
- Lehrermangel und Unterrichtsausfall.
- Sanierungstau bei Landesstraßen.
- Staus auf hessischen Straßen, deren Länge dreimal um die Erde reicht.
- Volle Busse und Bahnen.
- Der ländliche Raum ist verkehrlich und medizinisch abgehängt.

HESSERTAG 2018 IN DER HANSESTADT KORBACH



Der gerade erst zu Ende gegangene HSSERTAG in der einzigen Hansestadt unseres Bundeslandes, Korbach im Landkreis Waldeck-Frankenberg, führte auch in diesem Jahr zahlreiche Besucherinnen und Besucher an den Stand der SPD-Landtagsfraktion in der Landesausstellung. Neben der traditionellen öffentlichen Fraktionssitzung, dem Landfrauentag, dem Besuch des HSSERTAG-Paares, standen wieder zahlreiche Begegnungen der Abgeordneten mit den Menschen vor Ort im Mittelpunkt.

STUDIEN BELEGEN GESETZENTWURF

Die SPD-Fraktion sieht sich durch die Ergebnisse von zwei Studien im Hinblick auf ihren Gesetzentwurf für mehr Chancengerechtigkeit und Qualität in der Kita bestätigt. Eine Studie des Bistums Limburg zu mittelbarer pädagogischer Arbeit hat ergeben, dass viele Beschäftigten in den Kitas durch die mittelbare pädagogische Arbeit, also Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit mit den Kindern, viel Zeit verbringen. „Die Erzieherinnen und Erzieher wollen ihre Arbeit gut machen, sie haben allerdings nicht die Zeit dafür. Die Studie belegt eindrucksvoll, dass viele Beschäftigte dafür auch Freizeit opfern. Das ist neben der nicht angemessenen Bezahlung ein wichtiger Grund, warum wir einen Mangel an Fachkräften haben. Daher hat die SPD-Landtagsfraktion in ihrem neben einem Zuschlag für die Leitung auch ei-



Gerhard Merz, MdB

nen Zuschlag für mittelbare pädagogische Arbeit gefordert“, so Merz. Im Gesetzentwurf der SPD werde die Qualität deutlich verbessert. Es seien sowohl die Einführung von Zuschlägen für die mittelbare pädagogische Arbeit als auch für die Leitungstätigkeit vorgesehen. In einer anderen Studie hatte die Bertelsmann-Stiftung festgestellt, dass in Hessen die Eltern derzeit durch die Kita-Gebühren höher belastet seien als im Durchschnitt der Bundesländer. Merz sieht in dem Gesetzentwurf seiner Fraktion nach wie vor den richtigen Weg. „Wir wollen komplette Gebührenfreiheit von Anfang an, für alle Altersgruppen und für alle Betreuungszeiten. Darüber hinaus brauchen wir einen deutlichen Sprung bei der Qualität, denn das ist den Eltern genauso wichtig wie die Gebührenfreiheit. Hier bleibt Schwarz-Grün jegliche Antwort schuldig“, kritisierte Merz. ■



Christoph Degen, MdB

CUM-EX: ANKLAGE ERHOBEN

Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden hat als erste Staatsanwaltschaft überhaupt Anklage wegen schwerer Steuerhinterziehung durch sogenannte Cum-Ex-Geschäfte erhoben. Die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann, begrüßte diesen Schritt. „Es ist gut, dass die Staatsanwaltschaft mehrere Drahtzieher dieses rücksichtslosen und gesellschaftsschädlichen Geschäftsmodells anklagt. Wir können nicht zulassen, dass eine Kassiererin wegen eines unterschlagenen Pfandbonds ihren Job verliert, aber Investmentbanker den Staat um Beträge in Milliardenhöhe schädigen und ungeschoren davonkommen“, sagte Hofmann. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Martina Häusel-David
Willy Witthaut
Elvedin Goljica
Luisa Hintz

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden